

(Minister Heinemann)

- (A) haben. Herr Rohde, da unterscheiden wir uns. Ich bin doch nicht auf einem Auge blind.

(Beifall bei der SPD)

Herr Dr. Schaumann, Sie lesen offenbar nur das, was Sie möchten. Wenn Sie sagen - Sie haben mich dabei mit einbezogen -, daß die Mehrzahl der Ärzte hier eine ehrliche, saubere, hervorragende Arbeit leiste und daß sie eine hervorragende und ehrliche Abrechnung erstelle, dann muß ich Ihnen sagen: Das sind meine Worte; ich gebrauche sie immer wieder.

(Dr. Schaumann (F.D.P.): Ich bin Ihnen sehr dankbar.)

Sie können bei den Verbänden der Ärzte nachhören, wem ich das des öfteren gesagt habe.

(Erneuter Zuruf des Abg. Dr. Schaumann (F.D.P.))

- Nicht bei mir, Herr Schaumann. Sie können doch nicht jedem glauben, der alles mögliche über mich erzählt. Damit habe ich doch schon so viele Erfahrungen gemacht. Was meinen Sie, was Herr Arentz draußen über mich erzählt! Wenn Sie dem immer glauben wollen, dann werden Sie ein völlig falsches Bild von mir bekommen.

- (B) Ich sage Ihnen, warum ich mich in dieser Frage so engagiere: damit das Image der ganzen deutschen Ärzteschaft nicht durch diese wenigen manipulierenden Ärzte, die es jetzt nach der Deckelung ja zu Lasten der ehrlichen tun, versaut wird. Diese Wenigen sind dabei, das zu tun, und das muß mit allen Mitteln verhindert werden.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zum Sozialbereich - Einzelplan 07 - liegen mir nicht vor. Ich schließe deshalb die Beratung zu Einzelplan 07.

Ich rufe auf

Beratungsblock 3:

Bildungsbereich

- Einzelplan 05: Kultusminister und
- Einzelplan 06: Minister für Wissenschaft und Forschung.

Ich eröffne die Beratung. Ich darf zunächst Frau Abg. Woldering für die Fraktion der CDU das Wort erteilen. - Bitte schön, Frau Abgeordnete!

Frau Woldering (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Kultusminister hat uns bei seiner Einführung zum Einzelplan 05 gesagt, dieser Einzelplan folge im Haushaltsentwurf 1987

(Zuruf von der CDU: Wo ist er denn?)

dem von der Landesregierung vorgeschlagenen Weg der Konsolidierung des Landeshaushalts und führe insoweit die strenge Ausgaben- disziplin der letzten Jahre fort.

Ich kann hierzu schon jetzt sagen: Die CDU stimmt diesem Einzelplan nicht zu, nicht wegen des dokumentierten Sparwillens, sondern weil wir nicht damit einverstanden sind, wie gespart wird.

(Zustimmung bei der CDU)

Für den Bereich des Einzelplans 05 ist wieder einmal - wie auch in den letzten Jahren - keinerlei Zukunftsorientierung festzustellen. Es wird auch in diesem Jahr wieder eine Blockadepolitik betrieben, die dazu führen wird, daß Nordrhein-Westfalen in bildungs- politischer Hinsicht in Kürze das Schlußlicht der Bundesrepublik sein wird.

(Zuruf von der CDU: Ist es jetzt schon!)

- In Teilbereichen ist es das schon.

Wir haben heute im Schulbereich trotz eines überreichen Angebots fachspezifisch bestens ausgebildeter junger Lehrer Lehrerarbeits- losigkeit, nämlich 20 000 an der Zahl,

(Arentz (CDU): Skandalös!)

Unterrichtsausfall, besonders in vielen Mangelfächern, fachfremd erteilten Unterricht durch nicht für die einzelnen Fächer ausge- bildete Lehrer und eine sich allmählich steigernde Überalterung der Lehrerkollegien - dies alles, meine Damen und Herren, obwohl genügend ausgebildete Lehrer vorhanden sind.

Trotz dieser Misere finden wir wieder un- verhältnismäßig hohe Einsparungen im Bil- dungsbereich. In diesem wichtigen Bereich, an dem sich die Zukunft unseres Landes orientiert, werden nicht nur - wie noch im vergangenen Jahr - 90 % der Stellen einge- spart; vielmehr entfallen von insgesamt 3 657

(Frau Woldering (CDU))

- (A) im Landeshaushalt eingesparten Stellen heute 3 453 auf den Bildungsbereich. Das sind somit 95 %, meine Damen und Herren.

Jährlich scheiden 3 000 Lehrer infolge Erreichens der Altersgrenze aus. Diese werden aber trotz des Unterrichtsausfalls in den bekannten Mangelfächern nicht ersetzt. Hier möchte ich noch einmal auf unseren Antrag aus dem vergangenen Jahr verweisen, der selbstverständlich weiter im Raum steht und an dem die CDU festhält, nämlich die Schaffung eines Einstellungskorridors von 1 500 Lehrern.

(Zuruf des Abg. Frey (SPD))

- Den Antrag haben wir im vergangenen Jahr gestellt. Wie mit dem Antrag umgegangen worden ist, meine Kollegen von der SPD-Fraktion, das wissen Sie sehr wohl!

(Zustimmung bei der CDU - Frau Philipp (CDU): Ja, nämlich unglaublich!)

Wir haben auch erklärt, warum wir diesen Antrag in diesem Jahr nicht erneut stellen. Für uns steht der Antrag weiter als solcher im Raum, und wir würden uns freuen, wenn Sie, meine Herren und Damen von der SPD-Fraktion, diesem Antrag endlich Folge leisteten. Dann sähe es bald anders aus!

(Beifall bei der CDU)

- (B) Wir in der CDU-Fraktion sind nämlich nach wie vor davon überzeugt, daß dieser Korridor der Neueinstellung von jährlich 1 500 Lehrern allein die jetzige und in den kommenden Jahren sich weiter verstärkende Problematik lösen kann.

Frau Vizepräsident Friebe: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Frey?

(Frau Woldering (CDU): Nur dann, wenn sie mir nicht von der Zeit abgezogen wird oder wenn Herr Kollege Dammeyer mir die Minuten dazugibt, die ich dadurch verliere!)

- Der Kollege Dammeyer kann Ihnen mit Sicherheit nicht die Genehmigung geben; da müssen Sie sich schon an die Präsidenten halten. - Also bitte schön, Herr Frey, Sie haben das Wort zu Ihrer Zwischenfrage.

Frey (SPD): Frau Kollegin Woldering, können Sie mir ein einziges CDU-regiertes Bundesland nennen, das einen Einstellungskorridor in der von Ihnen geforderten Größe hat?

(Frau Philipp (CDU): Aber natürlich, Herr Frey!)

Frau Woldering (CDU): Wir haben CDU-regierte Bundesländer, die Einstellungskorridore haben, und da funktioniert das Bildungssystem besser als in Nordrhein-Westfalen!

(Zustimmung bei der CDU)

Im übrigen entspricht ja auch der Einstellungskorridor der ständig wiederholten Forderung der Kultusministerkonferenz. - Wenn jährlich 3 000 Lehrer ausscheiden, die nicht durch erneute Stellenbereitstellung ersetzt werden, kann die Entwicklung - das dürfte eigentlich jedem Laien klar sein - im Bildungsbereich nur weiter und ganz rapide bergab gehen.

Im Haushalt 1987 sind nämlich nur echte 100 neue Stellen im Einzelplan 05 bei Kapitel 05 300 vorgesehen.

(Nagel (CDU): Hört, hört!)

Alle anderen Zahlen, die wir immer in den Zeitungen lesen, täuschen über den wahren Sachverhalt hinweg. Daß diese echten 100 neuen Stellen nicht ausreichen, die 3 000 ausscheidenden Lehrer zu ersetzen, dürfte jedem klar sein. Die übrigen Neueinstellungen erfolgen ja aufgrund der Solidaritätspolitik der Lehrer gegenüber jungen Kollegen im Wege der bekannten Beurlaubungstatbestände; Sie alle kennen sie ja: §§ 85 a, 78 b und 12 Landesbeamtengesetz.

So haben zum Beispiel - und das muß ich Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, hier auch einmal vorhalten - zum 1. August 1986 580 Lehrer Stellen aufgrund dieser Solidarität freigemacht. Diese Stellen sind aber bis heute noch nicht vergeben.

(Elfring (CDU): Hört, hört)

Das Geld ist somit vom Finanzminister eingezogen worden, und jetzt wird erst durch zusätzliche Gesetzgebung ermöglicht, daß auf diese Stellen neue Lehrer kommen. - Ich komme noch im einzelnen dazu; Sie brauchen keine Zwischenfragen zu stellen.

Für 1986 ist der Solidaritätsbeitrag dieser Lehrer somit erst einmal ins Leere gegangen.

(Zustimmung bei der CDU)

Auch die hohe kw-Stellen-Zahl und die Versetzungen aus den Überhängen sind kein Ausgleich für den von uns geforderten Korridor. Anstatt die hohe kw-Stellen-Zahl für eine Verbesserung der Schüler-Lehrer-Relation und auch den Erhalt kleinerer,

(Frau Woldering (CDU))

- (A) wohnortnaher Schulen zu nutzen, wie wir dies für den Bereich der Sonderschule und der berufsbildenden Schule im vergangenen Jahr schon beantragt hatten, wird auch in diesem Bereich nichts getan.

Sie alle, die Sie Kinder in den Schulen haben oder hatten, werden bei Ihren eigenen Kindern mit Unterrichtsausfall und fachfremd erteiltem Unterricht konfrontiert.

(Frau Philipp (CDU): Das kann man wohl sagen!)

Diese Problematik, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, können Sie nicht mit kw-Stellen und Lehrerversetzungen, wie es in diesem Sommer aufgrund der Ermächtigung des § 7 Absatz 4 des Haushaltsgesetzes verstärkt erfolgt ist, kitten.

Wir müssen davon ausgehen, daß überhaupt nicht genügend fachlich spezifizierte Lehrer vorhanden sind, die zum Beispiel bei den berufsbildenden Schulen - und auch bei anderen Schulen; aber bei den berufsbildenden Schulen ist es besonders gravierend - mit den 400 Ausbildungsrichtungen den dort geforderten Unterricht erteilen können. Diese spezialisierten Lehrer bekommt man nicht aus kw-Stellen und den Versetzungen; diese dringend benötigten Lehrer bekommt man aber aus den Reihen der gut ausgebildeten jungen Lehrer, die jedoch durch die Blockadepolitik der SPD-Regierung in Nordrhein-Westfalen keine Chance auf Einstellung haben.

(B)

(Zustimmung bei der CDU)

Hier rächt sich die falsche Politik der Regierung bis 1984, einfach jeden Lehrer, gleich ob mit richtiger oder falscher Fächerkombination, einzustellen.

Oder nehmen Sie den Bereich der Sonderschule! Die Schüler-Lehrer-Relation ist bis heute nicht verbessert.

(Frau Philipp (CDU): Eine Katastrophe!)

Obwohl genügend gut ausgebildete Sonderschullehrer vorhanden sind, werden von vorhandenen kw-Stellen und dem Stellenüberhang an anderen Schulformen wieder Versetzungen an die Sonderschule durchgeführt. Die versetzten Lehrer haben natürlich nicht die notwendige Qualifikation und müssen sich nachqualifizieren lassen. Das dauert zwei Jahre! Im Etat für 1987 sind dafür jedenfalls schon einmal 500 000 DM zur Verfügung gestellt. Der Korridor würde hier viel mehr Beweglichkeit schaffen, könnte viel mehr auf den Bedarf der einzelnen Schulform abgestellt

werden. Gleichzeitig könnte der Korridor der Lehrerarbeitslosigkeit begegnen, und zugleich würde auch wegen fehlenden Neuzugangs in den Kollegien die entstehende Überalterung abgebaut.

(Zustimmung bei der CDU)

Mit dem Korridor wären in den Jahren 1985, 1986 und 1987 4 500 Stellen geschaffen worden, während wir jetzt in 1985 nur 1 036 neue Lehrerstellen, im Jahre 1986 nur noch 150 und im Jahre 1987 nur noch 100 neue Lehrerstellen haben.

(Arentz (CDU): Das schlägt doch dem Faß den Boden aus!)

Ich frage mich: Wie soll das weitergehen?

In diesem Zusammenhang möchte ich zusätzlich auf die Problematik hinweisen, die durch die Ausbildung und den Ausbildungsanspruch der jungen Referendare besteht. 20 000 arbeitslose Lehrer haben wir bereits in diesem Land. 4 000 bis 4 500 kommen jährlich hinzu. Herr Minister, was wollen Sie diesen jungen Leuten sagen, denen jede Perspektive auf die Zukunft genommen ist?

Ein weiteres Musterbeispiel für Konzeptlosigkeit der Regierung ist der Abschluß der befristeten Verträge mit jungen Lehrern.

(Beifall bei der CDU)

Nachdem die Prozesse der Lehrer gegen die jeweiligen Regierungspräsidenten und damit gegen den Kultusminister reihenweise entschieden wurden, hat sich nunmehr der Kultusminister entschlossen, die Entfristung vorzunehmen, die die CDU-Fraktion bereits vor anderthalb Jahren gefordert hatte.

(Beifall bei der CDU - Frau Busch (CDU): Es blieb ihm auch nichts anderes übrig.)

Hätten wir für 1986 den Einstellungskorridor geschlossen, hätten wir heute diese Situation in diesem Bereich nicht, brauchten keine Reperaturvorschrift, wie sie nunmehr in Paragraph 7a geschaffen werden mußte, um diese Verträge befristen zu können. Nur nebenbei bemerkt: Mit Schmunzeln kann man übrigens feststellen, daß dieselbe Landesregierung, die das vom Bund geschaffene Beschäftigungsförderungsgesetz lauthals verteufelt hat, sich vor den Gerichten auf die Wohltaten dieses Gesetzes stützt. Sie hören richtig, meine Damen und Herren: auf die Wohltaten dieses Gesetzes.

(Arentz (CDU): Das ist die Heuchelei dieser Landesregierung.)

(C)

(D)

(Frau Woldering (CDU))

- (A) Man liest in den Akten zum Beispiel wie folgt - ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten -:

Der Zweck des Gesetzes findet sich schon in Titeln.

- Bezogen auf das Beschäftigungsförderungsgesetz. -

Es soll die Beschäftigung fördern und, wie im ersten Abschnitt überschrieben ist, die befristeten Arbeitsverträge erleichtert zulassen. Die hohe Zahl der Arbeitslosen soll verringert werden.

Es ist schon sehr amüsant, diese Begründung aus dem Munde der SPD-Landesregierung für die Existenz des Beschäftigungsförderungsgesetzes lesen zu können, obwohl doch der Kanzlerkandidat in seiner Broschüre "Das werde ich als Kanzler tun"

(Nagel (CDU): Wo ist er?)

die Abschaffung dieses Gesetzes versprochen hat, weil es ein Zweiklassenarbeitsrecht fördere.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe von heute morgen noch das Wort Scheingefecht im Ohr. Ich meine, es paßt an dieser Stelle.

- (B) (Arentz (CDU): Sehr gut! - Beifall bei der CDU)

Wegen der verfahrenen haushaltsrechtlichen Situation der verlorenen Prozesse sah sich die Regierung in Zugzwang, reparierte nach, statt von vornherein vernünftige Bildungspolitik zu betreiben.

(Beifall bei der CDU)

Weiteres Beispiel für die Konzeptlosigkeit: In einer Zeit, in der die neuen Technologien bereits weitgehend unsere Lebensformen bestimmen, fehlt für weite Teile des Bildungsbereichs ein entsprechendes Konzept. Es sind für diesen Bereich nur wenige ausgebildete Lehrer, und diese wenigen auch weitgehend nur aufgrund Eigeninitiativen, vorhanden. Gleiches gilt für den Bereich der Weiterbildung. Die sonst auch so soziale Regierung hat nicht, wie im vergangenen Jahr versprochen, den arbeitslosen Lehrern, die in diesem Bereich tätig sind, durch eine Mitfinanzierung des Landes eine soziale Absicherung verschafft. Gerade für diesen Bereich wird seit Jahren deutlich, daß nur ein neuer Verteilungsmodus der Mittel dafür

sorgen kann, daß nicht zwangsläufig jährlich an Weiterbildungseinrichtungen auszahlende Beträge sich reduzieren, obwohl der Bedarf an Weiterbildung durch die gestiegene Freizeit und auch durch die Arbeitslosigkeit gewachsen ist.

Anstatt über Inhalte zu diskutieren, bleibt die Diskussion regelmäßig in den Organisationsformen hängen. Wir haben in Nordrhein-Westfalen ein vielfältiges Schulsystem, das wir, da es jedem Kind seine Chance bietet, erhalten wollen.

(Frau Abg. Philipp (CDU): Noch haben wir das.)

- Noch! Orientieren wir uns am bildungspolitischen Konzept der SPD, lautet dieses: Flächendeckende Einführung der Gesamtschule; damit praktisch Aushöhlung des gegliederten Schulsystems. So heißt es doch im bildungspolitischen Konzept wörtlich - ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten:

Ein Nebeneinander von gegliederten Schulsysteme und Gesamtschule sollte befristet sein. Schließlich sollte die Gesamtschule die einzige Schulart sein.

(Nagel (CDU): Hört, hört!)

Herr Dammeyer, Sie haben letztens erklärt, dieses Zitat sei aus dem Zusammenhang gerissen worden. Ich habe keine Stelle gefunden, an der es aus dem Zusammenhang herausgenommen war. Es steht als These im Raum und ist offensichtlich die verfolgte Politik der SPD.

(Beifall bei der CDU)

Interessant ist insoweit auch ein Rundschreiben Ihres Fraktionskollegen in Düsseldorf, der zum Beispiel, die Gesamtschule den Eltern preisend, über Land zieht und darin als einziges Merkmal hervorhebt:

Die Gesamtschule ist eine Schulform, die in der Regel in Ganztagsform errichtet wird. Die Kinder bekommen also in der Schule ein warmes Mittagessen. Reklame für die Gesamtschule.

Das spricht für sich.

(Zuruf von der SPD: Und was ist daran falsch?)

Es ist sehr wenig, wenn es das ist, was propagiert wird. Wir möchten nicht - wie in Hessen festgestellt wird -, daß verfehlte Bildungspolitik zu einem Abwandern von Schülern in benachbarte Bundesländer führt.

(Frau Woldering (CDU))

- (A) In Hessen waren es im Schuljahr 1985/86 zum Beispiel 3 460 Schüler an der Zahl. 1986 soll sich diese Situation sogar noch durch das Inkrafttreten des rot-grünen hessischen Förderstufenabschlußgesetzes verschärft haben.

Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, Sie sind mit Ihrer derzeit betriebenen Gesamtschulpolitik auf dem Marsch, das übrige gegliederte Schulsystem auszuhöhlen und zu zerschlagen,

(Beifall bei der CDU)

wie dies ja auch Ihrem Bildungspolitischen Konzept entspricht.

(Zuruf von der SPD: Zitat!)

Das habe ich ja gerade zitiert. Sie hätten besser aufpassen sollen.

Die Mittel, die die Regierung auf diesen Weg in den letzten Monaten eingesetzt hat, indem sie massiv in die Selbstverwaltungsrechte der Kommunen unter Mißachtung gesetzlicher Vorschriften eingriff, sprechen eine deutliche Sprache.

Ändern Sie Ihre Bildungspolitik! Bauen Sie die Zukunftsblockade ab, damit dieser überaus sensible Bereich, der für die Zukunft von allergrößter Bedeutung ist, sich frei entfalten kann und nicht in Reglementierungen erstickt.

(B)

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Wickel für die Fraktion der F.D.P.

Wickel (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ganz im Sinne unserer Sparvorstellungen haben wir im Ausschuß für Schule und Weiterbildung ca. 18 Millionen DM zur Einsparung vorgeschlagen. Herr Kollege Trinius - ich sehe ihn zwar im Moment nicht -, wir haben fairerweise diese Anträge vorher verschickt und wußten von Ihnen, daß Sie keinen einzigen annehmen würden. Da habe ich mich ganz klar zu dem Verfahren bereit erklärt, das dann auch in einer Abstimmung zu erledigen.

(Zuruf des Abg. Hilgers (SPD))

Wir wollen uns ja nicht gegenseitig aufhalten, Herr Kollege Hilgers, und der Wirkungsgrad sollte ja auch bei unserer Arbeit eine kleine Rolle spielen.

Ohne nun auf alle Positionen unseres Antrages einzugehen, sollen doch die wesentlichen Punkte noch einmal hervorgehoben werden, denn wir halten nach wie vor die Ausdehnung des Unterhaltsbeihilfegesetzes für falsch und haben hierzu eine Einsparung von 10 Millionen DM vorgeschlagen.

(Frau Philipp (CDU): Er hört nicht zu! Die haben Krisensitzung!)

- Na ja, Frau Philipp, da stehen wir doch drüber.

Das gleiche gilt für die Bereiche Prüfungsvergütungen, das Landesinstitut für Schule und Weiterbildung, die Schulaufsicht an Grund-, Haupt- und Sonderschulen, die Förderung der Arbeitnehmerweiterbildung und für das Landesschulsporfest sowie für die Öffentlichkeitsarbeit des Kultusministers. Das waren in großen Zügen die Hauptbeträge unseres Antrages. In diesen Bereichen, die ich zuletzt genannt habe, hätten wir rund 7 Millionen DM einsparen können. Die SPD-Mehrheitsfraktion hat alle unsere Anträge abgelehnt

(Nagel (CDU): Typisch!)

und sich nach meiner Auffassung damit auch gegen Schule entschieden.

(Lachen bei der SPD)

Was könnten wir, meine Damen und Herren, in Zukunft auf pädagogischem Gebiet leisten,

(D)

(Zuruf von der SPD: Sie gar nichts!)

wenn dieses Land nicht so hoffnungslos finanziell heruntergewirtschaftet wäre! Der Rückgang der Schüler, kleinere Klassen, mehr Lehrer, genug Schulen: alles das hieße, der Bildung Chancen eröffnen. Und, meine Damen und Herren von der SPD, wir könnten Chancen eröffnen, wie sie vielleicht nie mehr wiederkommen.

Was ist die Wirklichkeit in diesem Lande? - Es geht nichts mehr; kein Geld für Lehrer; fast 19 000 kw-Vermerke an Lehrerstellen, und die SPD-Ideologie treibt für mich irre Blüten. Ideologie statt Geld - eine neue Form sozialdemokratischer Beglückung in der Schule!

(Zustimmung bei Abgeordneten der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, Tausende von Lehrern stehen vor verschlossenen Schultoren. 125 000 Unterrichtsstunden fallen in

(Wickel (F.D.P.))

- (A) den Klassen 5 bis 10 der allgemeinbildenden Schulen aus. Der Ausfall in der gymnasialen Oberstufe ist statistisch nicht erfaßbar. 90 000 Stunden bleiben die Schüler an berufsbildenden Schulen ohne Unterricht. Zweifelhafte Lehrerbedarfsberechnungen und die kw-Stellen-Akrobatik gaukeln uns hier nur eine ausreichende Lehrerausstattung der Schulen vor.

(Zuruf von der F.D.P.: So ist es!)

Die Integrationsbemühungen von allgemeiner und beruflicher Bildung im Rahmen des Kollegsulversuches nähern sich dem Scheitern. Nordrhein-westfälische Sonderwege zur Allgemeinen Hochschulreife über die Ausweitung der Berufsfachschule mit der gymnasialen Oberstufe werden mit der heißen Nadel gestrickt und in Sondersitzungen im zuständigen Ausschuß kurzfristig vorgelegt. So sieht die schulpolitische Wirklichkeit 1986 und 1987 in unserem Lande aus.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und der CDU - Zuruf von der SPD)

Der Mangel an öffentlichen Mitteln scheint alle diese Probleme unlösbar zu machen.

- (B) Mit Erstaunen können wir da nur eine Auflistung des Innenministers zur Kenntnis nehmen, aus der eindeutig hervorgeht, daß bei den aus Schulbaumitteln in den Jahren 1985 und 1986 geförderten Projekten über 40 Millionen DM allein für Baumaßnahmen von Schulzentren und Gesamtschulen aus dem Landeshaushalt aufgebracht wurden. Hier soll offensichtlich der Boden vorbereitet werden, dem zentralistischen Hang sozialdemokratischer Bildungspolitik mit Blick auf die Gesamtschule als alleinseligmachende Einheitsschule nachzugeben. Alles scheint sich dem Ziel unterzuordnen und unterordnen zu müssen, auf dem schleichenden Wege zu einer Veränderung in der Schullandschaft zu kommen. Wie heißt es doch so schön in den "Tatsachen und Argumenten" - dies ist eine Information der SPD-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen vom September 1986, und ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten -:

Die Erfahrungen mit den nordrhein-westfälischen Gesamtschulen haben gezeigt, daß die Gesamtschule weit besser als das herkömmliche Schulwesen mit Hauptschule, Realschule und Gymnasium in der Lage ist, auch Kinder aus bisher bildungsmäßig benachteiligten Bevölkerungsgruppen zu allen Schulabschlüssen zu führen, daß die Gesamtschule weitaus eindeutiger als das gegliederte Schulsystem die Zahl derjenigen Schüler zu senken vermag, die die Schule ohne jeden Abschluß verlassen.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Die Einzelpunkte, Herr Kollege Dammeyer, können wir im Schulausschuß - bei der Fülle von Anträgen, die wir haben - noch diskutieren.

Meine Damen und Herren, ich frage Sie: Sind das Tatsachen?

(Dr. Dammeyer (SPD): Sicher!)

Die Wirklichkeit sieht so aus: Da gibt es nach Informationen des Nordrhein-Westfälischen Elternvereins in Oberhausen-Osterfeld - da kommt, so glaube ich, Herr Kollege Dammeyer her - eine Gesamtschule, die nur sieben Züge eingerichtet hat, obwohl die Schule grundsätzlich achtzünftig ausgelegt ist.

(Dr. Dammeyer (SPD): Wollen Sie Mammutschulen in Übereinstimmung mit diesem Vereinchen?)

Folge: Etwa sechzig Schüler sind abgewiesen worden, und die Schulleitung erklärt sogar, man habe den achten Zug deshalb nicht eingerichtet, weil das ein reiner Hauptschulzug geworden wäre. Ich frage Sie, meine Damen und Herren: Wo findet hier eine Förderung Benachteiligter statt? Welche sachliche Begründung kann es geben, um schlechtere Schüler von der Gesamtschule abzuweisen?

In der gleichen Information der Landtagsfraktion der SPD heißt es - ich zitiere -: "Etwa 20 % aller Anmeldungen zur Gesamtschule können derzeit nicht erfüllt werden." Bei einer solchen Aufnahmepraxis, die rechtlich nirgendwo abgesichert ist, kann es kein Wunder sein, daß sich Kinder mit zweierlei Maß gemessen vorkommen müssen.

(Nagel (CDU): Sehr richtig!)

Die Nachfrage nach Gesamtschulen wird offensichtlich künstlich hochgehalten, um das Feuer Gesamtschule als Schmelzbrand dauernd zu erhalten.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

So gab es auch in Fröndenberg vor wenigen Wochen großen Verdruß, als trotz der Werbung für die Bildungseinrichtung Gesamtschule nicht alle Anmeldungen berücksichtigt werden konnten. Ist die Gesamtschule nun, wie die SPD-Mehrheitsfraktion immer wieder behauptet, ein Popanz, den die Opposition aufbaut, um den schulpolitischen Streit fortführen zu können, oder ist sie das nicht?

Bei weiter zurückgehenden Schülerzahlen ist der Erhalt weiterführender Schulen wohl in Frage gestellt. Trotzdem gibt die Einseitigkeit

(Wickel (F.D.P.))

- (A) der Betrachtung dieses Problems durch die SPD-Fraktion uns sehr zu denken. In ihren "Tatsachen und Argumenten" stellt sie fest - ich zitiere -:

Der Schülerrückgang hat inzwischen die weiterführenden Schulen erreicht. Vor allem in den ländlichen Bereichen werden die Schülerzahlen nicht mehr ausreichen, um an allen Orten gleichzeitig Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien mit zwei Parallelklassen

- das berühmte zweizügige System -

anzubieten. Hier liegt die Errichtung von Gesamtschulen nahe.

Alle schulischen Bildungsmöglichkeiten und alle schulischen Abschlüsse sollen nach den Worten der SPD durch die Gesamtschule wohnortnah und damit schülerfreundlich angeboten werden. Zur Schülerfreundlichkeit habe ich bereits zuvor etwas gesagt.

Es ist für uns bedauerlich - und, meine Damen und Herren, denken Sie bitte auch an die Zukunft -, daß die SPD nicht mit genauso klaren Worten die Alternative für den Erhalt bestehender leistungsfähiger Schulen erwähnt hat. Zusammenarbeit der verschiedenen Schulformen unter Erhaltung ihrer Selbständigkeit wäre eine Lösung, wie wir sie uns vorstellen.

- (B) § 5 des Schulverwaltungsgesetzes sieht eine Kooperation der Schulformen vor. Es bedarf allerdings dringend der Konkretisierung dieses Paragraphen durch eine Rechtsverordnung, die bis heute fehlt, von der wir bis heute nichts gehört haben und die bis heute auch nicht vorgelegt worden ist. Das Land muß den Gemeinden eine Hilfe bieten, auf welchem Wege neben der Möglichkeit einer Gesamtschulgründung das Schulangebot in der Gemeinde erhalten werden kann.

In der Schulpolitik müssen die Ziele klar sein und muß die Zukunft berechenbar sein. Sonst ist sie zum Scheitern verurteilt.

Bis heute sind wir nicht in der Lage, den Kollegs Schulversuch in seinen wesentlichen Ergebnissen abschließend zu beurteilen, weil ein wissenschaftlich fundierter Bericht darüber noch fehlt. Wir sind weiterhin nicht in der Lage, zu beurteilen, wie die Zukunft der gymnasialen Oberstufe aussehen soll, die in den nächsten Sitzungen der Kultusministerkonferenz beraten wird.

Bei einer solchen Diskussionslage, meine Damen und Herren, beeilt sich nun die Landesregierung, eine Rechtsverordnung vorzu-

legen, die die Grundlage für die Einrichtung einer höheren Berufsfachschule mit gymnasialer Oberstufe zusätzlich in den Bereichen Wirtschaft/Verwaltung und Technik werden soll.

Wir, die Fraktion der F.D.P., werden eine endgültige Entscheidung über diese Rechtsverordnung davon abhängig machen, daß eine Gesamtkonzeption über die zukünftige Gestaltung der Sekundarstufe II entwickelt ist, die perspektivischen Unterschiede zwischen Kollegschule und höherer Berufsfachschule mit gymnasialer Oberstufe anhand des Abschlußberichtes über den Kollegschulversuch nachgewiesen sind, die Richtlinien und Lehrpläne für die höhere Berufsfachschule mit gymnasialer Oberstufe vorgelegt sind, die Gleichwertigkeit der Ausbildungsgänge und die Vergleichbarkeit der Abschlüsse gesichert sind, das Verhältnis zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung unter besonderer Berücksichtigung der notwendigen Voraussetzungen für den Hochschulzugang neu bestimmt ist und die Notwendigkeit eines nordrhein-westfälischen Sonderweges zur Hochschulreife nachgewiesen wird.

(Nagel (CDU): Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, schon heute klagen viele Betriebe und Hochschulen darüber, daß die Studierfähigkeit und Ausbildungsfähigkeit unserer Schulabsolventen nachgelassen haben. Es sind zwar formal immer mehr Schüler zur allgemeinen Hochschulreife gelangt. Die dieser Berechtigung zugrunde liegenden Leistungen haben sich in vielen Fällen allerdings erheblich verändert.

Sicherlich hat es durch die neuen Informations- und Kommunikationsmedien eine Wissensexplosion gegeben, und diese Wissensexplosion ist von sehr vielen jungen Menschen schwer zu bewältigen. Aber muß diese Informationsdichte denn wirklich dazu führen, daß junge Menschen die Kulturtechniken nicht mehr beherrschen, daß direkte, primäre Erfahrungen durch die Schule nicht mehr ausreichend vermittelt werden?

Da kommt, so könnte man meinen, der Antrag der SPD-Fraktion zur Gestaltung des Schulens und zur Öffnung der Schule gerade zu rechten Zeit.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Wickel, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Wickel (F.D.P.): Nein, ich komme sonst mit der Zeit nicht zurecht. - Aber die Begründung dieses Antrages hat es bereits zutage gebracht. Werden die von der SPD vorgeschla-

(Wickel (F.D.P.))

- (A) genen inhaltlichen Veränderungen zu einer Stärkung des Erziehungsauftrages der einzelnen Schulformen werden, oder wird durch Veränderung der Bildungsinhalte die Arbeit jeder einzelnen Schule angeglichen? Aus der Betrachtung der Reihe von Modellversuchen, die zur Zeit bei den nordrhein-westfälischen Schulen laufen, erweckt einiges jedenfalls unsere Skepsis.

Nun, Herr Kollege Dammeyer, damit Sie ein Erfolgserlebnis haben: Das Projekt "Demokratie und Erziehung in der Schule - Förderung moralisch-demokratischer Urteilsfähigkeit" verschlingt jährlich über 50 000 DM und ist an den Denkansätzen von Lawrence Kohlberg ausgerichtet. Dessen Gedanken über Moralerziehung haben keineswegs die Begeisterung aller Fachleute geweckt. Aber dem Landesinstitut für Schule und Weiterbildung in Soest wird es sicherlich gelingen, für den kleinen Aufwand von etwas über 11 Millionen DM im Jahr den Lehrern an den Schulen unseres Landes die entsprechenden Grundlagen für die Erfüllung ihres Erziehungsauftrages zu vermitteln. Oder sollte die Lehrerfortbildung, meine Damen und Herren, von dort zentral gesteuert, doch nicht die erforderliche Effizienz haben?

Für meine Fraktion gilt: Konzeptionsloses Experimentieren von oben wird die Schulwirklichkeit nicht entscheidend verbessern. Im Gegenteil, unsere Schülerinnen und Schüler bleiben Spielball einer Schulpolitik, die sich immer noch nicht hinreichend einer Maxime unterworfen hat: der Maxime der Qualifikationsoffensive.

(B)

Meine Damen und Herren der SPD-Fraktion, Herr Spitzenkandidat Dr. Rau: Wer mit Geld nicht umgehen kann, kann auch nicht mit Menschen umgehen. Unsere Kinder und deren Kinder sind von Ihnen schon derart mit Schulden belastet, daß sie diese kaum mehr abzahlen können. Sie belasten sie zusätzlich auch noch in der Gestaltung ihres eigenen Lebens, Sie setzen sie mit Ihrer Bildungspolitik nicht in die Lage, für die zusätzlichen Probleme der Zukunft, wie für die Erfüllung des Generationenvertrags, bestens gerüstet zu sein. Sie können keine kleinen Klassen mehr bilden. Sie können keine neuen jungen Lehrer mehr einstellen. Sie können keine überzeugenden Antworten auf die neuen Technologien und ihre Anwendung finden. Sie bringen nicht die wissenschaftliche Auswertung des Kollegschulversuchs. Sie reagieren nicht auf die gescheiterte Durchsetzung der Stufenlehrausbildung. Sie haben kein akzeptables Konzept für den Bestand der Schulformen bei dem starken Schülerrückgang der nächsten Jahre. Sie setzen auf ideo-

logische Befruchtung der Lerninhalte und verkennen die Bedeutung der Kulturtechniken. Sie haben verschuldet, daß durch Ihre sozialdemokratische Politik im Lande kein Geld mehr für die Verbesserung der Bildungspolitik vorhanden ist. Sie allein tragen die Verantwortung dafür, daß Schüler in Nordrhein-Westfalen schlechtere Zukunftsaussichten haben.

Wir stimmen dem Einzelplan nicht zu. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Das Wort hat jetzt Herr Abg. Dr. Dammeyer für die Fraktion der SPD.

Dr. Dammeyer (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit diesem Haushalt legen wir auch im Gesetz fest, daß es in Nordrhein-Westfalen aus dem Solidarbeitrag der Lehrer keine befristeten Verträge mehr gibt und daß diejenigen Lehrer, die gegenwärtig in befristeten Verträgen aus dem Solidarbeitrag beschäftigt werden, in unbefristete Verträge überführt werden.

(Dr. Fischer (CDU): Alle?)

Ich denke, das ist eine sehr wichtige Entscheidung,

(Beifall bei der SPD)

die auch klarstellt, daß wir das, was wir mit den Haushaltsberatungen im vergangenen Jahr begonnen haben, jetzt konsequent fortsetzen.

Ich finde es schon bemerkenswert, wie Frau Woldering hier die Diskussion eröffnet hat. Sie hat nämlich gesagt, die CDU sei nicht damit zufrieden, wie gespart wird. Ich hatte eher das Gefühl, daß sie sich darüber beklagt, daß überhaupt gespart wird; denn gleich anschließend redete sie ausschließlich davon, daß mehr Lehrer eingestellt werden sollen.

(Frau Philipp (CDU): Man muß an der richtigen Stelle sparen!)

Über diese Fragen haben natürlich auch wir in der Fraktion beraten, in den Einzelteilen und auch auf Kapitel bezogen. Wir haben dazu Entscheidungen getroffen und festgelegt, daß wir die Linie, die die Landesregierung in dem Haushaltsplanentwurf hier vorgelegt hat, durchhalten und daß es dabei bleibt, daß außer jenen 100, die die Landesregierung in den Haushalt eingestellt hat, keine weiteren Stellen geschaffen werden.

(Dr. Dammeyer (SPD))

- (A) Sie sprechen davon, da stünde Ihr Antrag im Raum. Ja, wo bitte ist denn dieser Raum?

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Dr. Dammeyer, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Reul?

Dr. Dammeyer (SPD): Sofort. - Dieser Raum ist weder hier das Plenum, denn da haben Sie einen solchen Antrag nicht gestellt. Dieser Raum ist auch nicht der Raum, in dem der Ausschuß getagt hat, denn dort haben Sie auch keinen Antrag gestellt. Die CDU hat in diesem Jahr, was den Schulbereich angeht, keinen Antrag zum Haushalt gestellt.

(Frau Philipp (CDU): Weil wir ja wissen, wie Sie damit umgehen!)

Freilich haben Sie den Anträgen, die wir vorgelegt haben, regelmäßig zugestimmt, nachdem sie Ihnen allerdings zunächst einmal mit einigen finürlichen Diskussionsbeiträgen begegnet sind. - Herr Präsident, ich gestatte eine Zwischenfrage.

Reul (CDU): Meine Frage bezog sich auf Ausführungen, die vorher lagen. Zwischenzeitlich sind hier einige unwahre Darstellungen geliefert worden. Ich möchte mit meiner Frage aber auf das zurückkommen, was Herr Dr. Dammeyer vorhin angeschnitten hatte: Er sei der Auffassung, die SPD trage das Haushaltskonzept der Landesregierung im Schulbereich. Herr Kollege Dammeyer, warum haben Sie denn Ihre Auffassung aus den Haushaltsberatungen des letzten Jahres verändert? Damals wollten Sie doch auch noch einen Einstellungskorridor, wie ihn die CDU-Fraktion haben wollte, durchsetzen. Sie haben das damals politisch nicht durchsetzen können. Haben Sie diese Auffassung aufgegeben, oder werden Sie diese Auffassung in den nächsten Jahren erneut aufgreifen?

(B)

(Dr. Farthmann (SPD): Wo sollen wir denn das Geld hernehmen?)

Dr. Dammeyer (SPD): Sehr geehrter Herr Reul, Sie wissen doch von den Beratungen der SPD-Fraktion, daß wir über fraktionsinterne Anträge abgestimmt haben, in diesem Jahr wie im vorigen Jahr. Und wir haben uns mehrheitlich entschieden, daß es dabei bleibt, den Haushalt so zu fahren, wie ihn die Landesregierung vorgelegt hat.

Unter solchen Verhältnissen ist es dann wirklich bemerkenswert, wie Sie das hier einführen und sagen, das seien unwahre Angaben. Es ist richtig: Die CDU hat keine Anträge gestellt. So steht es auch im Bericht des Ausschusses an das Plenum. Das kann

jeder an der einschlägigen Drucksachenstelle nachlesen. Die CDU-Fraktion hat in diesem Jahr keine Anträge gestellt.

(Dr. Fischer (CDU): Sie wären doch sowieso wie immer abgelehnt worden!)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Dr. Dammeyer, erlauben Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abg. Schwier?

(Dr. Dammeyer (SPD): Aber bitte, gern.)

Schwier (SPD): Herr Kollege Dammeyer, geht es Ihnen wie mir, daß mich die Worte von Frau Kollegin Woldering an das erinnern, was mir von heute morgen noch "in den Ohren kling", nämlich daß Herr Kollege Schauerte hier beklagt hat, die Personalkosten des Landes betrügen 43 % und müßten dringend gesenkt werden?

(Beifall bei der SPD)

Dr. Dammeyer (SPD): Jawohl, Herr Minister, genau das ist es, worauf auch ich aufmerksam machen wollte. Das ist eines dieser zwispältigen Elemente, daß einerseits das Ausgeben von Geld beklagt wird, insbesondere wenn es als Gehalt an Bürger gezahlt wird, und andererseits kurzerhand eine weitere Aufblähung des Personalbereichs verlangt wird. Das ist in der Tat eine der Diskrepanzen.

(Beifall bei der SPD)

Nun gibt es überhaupt keinen Zweifel, meine Damen und Herren, was meine und vieler Kollegen Meinung in der SPD-Fraktion angeht: Wir haben in unseren Schulen mehr Lehrer nötig, als wir gegenwärtig dort beschäftigen. Deren Gehaltszahlung muß nur gleichzeitig gesichert sein. Wenn das Land nicht instand gesetzt wird, über seine Finanzen besser zu verfügen, als es der Bund gegenwärtig ermöglicht, dann haben wir auch unseren geregelten Ärger damit, dieses bei uns nicht vorhandene Geld für solche sinnvollen Zwecke auszugeben.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Dammeyer!

(Dr. Dammeyer (SPD): Ich will den Satz eben zu Ende führen.)

- Bitte schön!

Dr. Dammeyer (SPD): Das ist der Hintergrund dafür, weshalb sich in der SPD-Fraktion entsprechende Mehrheiten finden.

(A) Vizepräsident Dr. Klose: Es gibt zwei weitere Zwischenfragen. Zunächst Herr Abg. Reul, bitte schön!

(Zurufe von der SPD)

Reul (CDU): Herr Kollege Dr. Dammeyer, teilen Sie die Auffassung, daß man auch bei finanziell engen Spielräumen und bei der Notwendigkeit zu sparen trotzdem noch politische Prioritäten setzen kann, und sind Sie nicht auch der Auffassung, daß im Lande Nordrhein-Westfalen endlich eine politische Priorität pro Bildungspolitik, pro mehr Lehrer, für die Sicherung der Unterrichtssituation verstärkt getroffen werden müßte?

Dr. Dammeyer (SPD): Ach, Herr Kollege Reul, was das angeht: Der größte Etat im Landeshaushalt ist der des Kultusministers. Er wird fast ausnahmslos mit Lehrergehältern blockiert.

(Nagel (CDU): Noch vor den Zinsen?)

Er ist der zentrale Bereich, der Bildungspolitik ausmacht. Der zweitgrößte ist der Etat des Wissenschaftsministers. Erst danach kommen die Zinsen, Herr Nagel; das müssen Sie auch einmal nachzählen. - Die beiden dicksten Brocken in diesem Landeshaushalt sind Bildungsausgaben. Wer da noch davon redet, daß erst ein Schwerpunkt pro Bildungspolitik gesetzt werden sollte, der muß sich - mit Verlaub - erst einmal den Haushalt insgesamt ansehen.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Nun zu einer zweiten und letzten Zwischenfrage in diesem Zusammenhang! Frau Woldering, bitte schön.

Frau Woldering (CDU): Herr Dr. Dammeyer, bedeutet Ihre Feststellung, die CDU hätte in diesem Jahr keinen Antrag gestellt, denn die Bejahung der Tatsache, daß, wenn wir einen Antrag auf den Korridor gestellt hätten, dieser auch von der SPD bejaht worden wäre?

(Lachen bei der SPD)

Dr. Dammeyer (SPD): Liebe Frau Woldering, ich denke, ich habe eben klar genug gemacht, daß wir in der Fraktion unsere Entscheidungen getroffen haben und daß wir entsprechend diesen Entscheidungen in der Fraktion uns auch in allen Ausschüssen und im Plenum verhalten.

(Reul (CDU): Aha!)

Nur denke ich, so wie wir in dieser Frage hier ehrlich sind und wie ich Ihnen dieses

ehrllich sage, dürfen Sie dann nicht erzählen, Ihre Anträge stünden im Raum. Welchen Raum meinen Sie denn da? Vielleicht den Weltraum? Sind das galaktische Forderungen?

(Heiterkeit und Zustimmung bei der SPD)

Nur diese Art symmetrischer Ehrlichkeit reklamiere ich von Ihnen, nicht mehr und nicht weniger.

Ich will auch gerne etwas dazu sagen, daß Sie reklamieren, die in diesem Jahr aus § 78 b erwirtschafteten Stellen seien noch nicht besetzt. - Nun ja, da kann ich nur der Öffentlichkeit mitteilen: Wir haben das im Ausschuß beschlossen und haben jetzt in das Haushaltsgesetz hineingeschrieben, daß diese 580 Stellen, die da erwirtschaftet worden sind, in 280 Fällen für ältere Fälle von Teilzeitarbeit verwandt werden. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Regelung dieses inner-schulischen und zwischen den Lehrern bestehenden Solidargefühes.

(Beifall bei der SPD)

300 Stellen werden für neue Einstellungen verwandt: 200 kommen an die Sonderschulen, 100 an die beruflichen Schulen, davon 10 an die Kollegschulen.

Meine Damen und Herren, diesen Beschluß haben wir einstimmig gefaßt. Da hat die CDU mitgestimmt, und Frau Woldering stellt sich dann hierher und sagt: Es ist aber nicht richtig, daß die Stellen nicht besetzt sind. - Sie wissen ganz genau, daß diese Stellen, z. B. was die 280 Stellen angeht, überhaupt erst eine neue rechtliche Grundlage nötig haben, die wir mit diesem Haushalt beschließen.

(Jawohl! bei der SPD)

Und der erste Satz, den Sie hier sagen, lautet: Dem Haushalt für den Schulbereich stimmen wir nicht zu. - Meine Damen und Herren, hier sind wir genau in der richtigen Orientierung, wo Sie offensichtlich auch auf dem gleichen Trittbrett sein wollen - was wir ja begrüßen -; aber dann dürfen Sie sich nicht gleichzeitig hier hinstellen und sagen, Sie wollten das alles gar nicht.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Dammeyer, ich will Sie nicht noch einmal unterbrechen, aber es liegt noch eine Frage vor.

Dr. Dammeyer (SPD): Herr Präsident, ich möchte jetzt in der Sache weiterkommen und beabsichtige, keine Zwischenfragen mehr zuzulassen, um fertig zu werden.

(Dr. Dammeyer (SPD))

- (A) Ich wollte mich mit den edlen Herren von der F.D.P. beschäftigen. Da rühmt sich Herr Wickel als allererstes, daß er im Ausschuß Kürzungsanträge im Gegenwert von 18,56 Millionen DM eingebracht hat. Er trägt dann hier vor, für welche Bereiche er Kürzungsvorschläge vorgetragen hat und sagt: Die Kürzungen summieren sich auf 7 Millionen. Das ist eine Minderheit davon; das will ich schon einmal sagen.

(Wickel (F.D.P.): 17 Millionen!)

Der dicke Brocken, den er gar nicht erst vorträgt, sind kleine 10 Millionen, die er beim Unterhaltsbeihilfengesetz sparen will.

(Hört, hört! bei der SPD - Wickel (F.D.P.): Sie haben gequatscht dort hinten!)

- Gut, Sie haben das auch angeführt. Dann habe ich offenbar nicht zugehört. Ja, gut. - Der größte Brocken dieser Kürzungen sind 10 Millionen DM beim Unterhaltsbeihilfengesetz. Meine Damen und Herren, das soll sich hierzulande jeder merken, der von der F.D.P. zu hören bekommt, daß wir etwas für ausbildungslose Jugendliche tun sollen.

(Zustimmung bei der SPD)

Die Rede, die Herr Reichel hier vorhin abgelassen hat, steht in einem grandiosen Gegensatz zu den Kürzungsabsichten, die die F.D.P. real in die Haushaltsberatungen einbringt. Man kann nicht ernst nehmen, was da von Ihnen kommt. Man kann es offenbar nicht!

(B)

(Dorn (F.D.P.): Keine Sorge, wir werden das beweisen!)

Dann beantragen Sie 1 Million DM Kürzung beim Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz. Ich lese daraus, daß Sie offensichtlich hinzugehört haben. Bisher war Ihre Forderung immer: Das Gesetz muß weg. Mit Befriedigung nehme ich zur Kenntnis, daß die F.D.P. beim Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz offenbar nur die Hälfte streichen will. Ich schließe daraus: Zur Hälfte stimmt sie dem Gesetz schon zu. Ich finde, auch diese Lernprozesse sollten wir unter uns zur Kenntnis nehmen, und diejenigen, die diese Lernprozesse zeigen, auch dafür loben.

(Zustimmung bei Abgeordneten der SPD)

Es ist schließlich eine größere Freude über einen reuigen Sünder denn über 99 Gerechte. - Das stimmt zwar nicht ganz, was die Mehrheitsverhältnisse hier angeht, aber ich meine damit die kw-Stellen, auf denen Sie da sitzen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es ist davon die Rede gewesen, daß unsere Bildungspolitik insgesamt problematisch sei.

(Nagel (CDU): Sehr richtig!)

Ich kann nur sagen: Was das angeht, sind wir in vielen Bereichen ganz offensichtlich in Übereinstimmung mit der Bevölkerung dabei, die richtigen Schwerpunkte zu setzen. Die Abstimmung in Ratingen für eine Gesamtschule ergab bei 60 % Rücklauf 124 Anmeldungen. Da ist also ein Bedarf für eine sechszügige Gesamtschule vorhanden, und das bei massiven Widerständen, die Sie organisiert haben. Ich schließe daraus, auch die Bevölkerung macht da kräftig mit.

Ich stelle fest, meine Damen und Herren: Die Bevölkerung kann sich darauf verlassen, daß die bewährte Reformpolitik im Bildungsbereich, für die unsere Partei und diese Regierung seit 20 Jahren stehen, in unserem Lande fortgesetzt wird und daß dafür auch dieser Haushalt eine gute Grundlage ist.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Danke schön. - Ich rufe jetzt den

Bereich Kultur

auf und erteile zunächst Frau Matthäus von der Fraktion der CDU das Wort. Bitte sehr!

Frau Matthäus (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Entgegen vielen anderslautenden Gerüchten ist Kultur in diesem Lande Verfassungsauftrag.

(Elfring (CDU): Hört, hört!)

Keine Landesverfassung sagt so deutlich wie die des Landes Nordrhein-Westfalen, daß Kultur gemeinsame Aufgabe von Land und Kommunen ist.

(Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Gleichzeitig ist festzustellen, daß es auch kein Land gibt, in dem für die einzelnen Institute so wenig Geld gegeben wird wie in Nordrhein-Westfalen.

Die CDU hat in diesem Jahr zum Kulturhaushalt keine Anträge gestellt, weil wir vermeiden wollten, daß der Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen zusätzlich ausgeweitet würde. Trotzdem müssen wir konstatieren, daß im Bereich Kultur immer viel zu wenig

(Frau Matthäus (CDU))

- (A) Geld vorhanden ist, und zwar einmal, weil der Bedarf weiter gestiegen ist - -

(Weiterhin anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Klose: Frau Kollegin, einen Augenblick bitte! - Meine Damen und Herren - nein, es sind wohl nur Herren -, ich bitte darum, Platz zu nehmen. Das erfordert der Respekt vor der Rednerin. - Bitte schön!

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD - Weiterhin Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Ich darf noch einmal darauf hinweisen, daß hier Aufmerksamkeit am Platze ist, weil sonst die Rednerin nicht sprechen kann! -

(Beifall bei der CDU)

Frau Matthäus, bitte schön!

Frau Matthäus (CDU): Danke schön. - Ich sagte, für den Bereich Kultur ist immer viel zuwenig Geld vorhanden, einmal, weil der Bedarf für Kultur tatsächlich ganz erheblich gestiegen ist - immer mehr Bürger entdecken, daß Kultur auch eine Beschäftigung ist, der sie sich ergeben wollen -, zum anderen aber, weil der Bereich der Kultur im engeren Sinne von Kultur erst dann hier im Landtag einen eigenen Ausschuß erhielt, als zugleich die Mittel gekürzt wurden. Das heißt also, daß es im Bereich der Kultur nie die Zeit gab, in der Mittel angehäuft wurden, aus denen dann Kürzungen vorgenommen werden konnten.

(Zustimmung bei der CDU)

Die Kürzungen sind vielmehr aus sehr engen Mitteln erfolgt. Dadurch wurden eine ganze Reihe von Instituten in die Nähe der Existenzbedrohung gebracht.

Die Folgen davon sind - obwohl der Haushalt in den letzten Jahren in einzelnen Bereichen berichtigt worden ist - nach wie vor noch nicht überwunden. Sie wissen, daß wir immer noch große Sorgen um die Theater und die Orchester dieses Landes haben, denen es heute wie früher sehr schlecht geht. Sie wissen auch, daß es 39 Büchereien gibt, die seit 1981, obwohl sie kommunale Aufgaben übernommen haben, nicht mehr gefördert werden - -

(Noch anhaltende große Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, ich unterbreche jetzt zum letzten

Male! Es ist wirklich unzumutbar für jeden, der hier vorne spricht, seine Rede zu halten, wenn an allen möglichen Stellen im Saal Zwiesgespräche oder kleine Konferenzen stattfinden. Das geht nun wirklich nicht! Ich bitte um Rücksicht! Es kann Ihnen ja auch so gehen, wenn Sie hier vorn am Rednerpult stehen. - Bitte schön!

(Beifall bei der CDU - Pohlmann (SPD): Sorgen Sie doch erst mal für Ruhe in den eigenen Reihen! Da sind die meisten so unruhig. - Dr. Farthmann (SPD): Der Präsident ist überparteilich! - Weitere Zurufe)

- Bitte sehr, Frau Kollegin Matthäus!

Frau Matthäus (CDU): Danke schön! Ich finde es sehr schön, daß diejenigen, die jetzt in den Reihen der Abgeordneten für Ruhe sorgen wollen, die Zeit noch einmal verlängern. Herzlichen Dank!

Es gibt 39 Büchereien, die kommunale Aufgaben übernommen haben, aber nicht kommunale Büchereien sind. Diese Büchereien erhalten seit 1981 kein Geld mehr. Wir waren uns im Kulturausschuß darüber einig, daß diesen Büchereien eigentlich geholfen werden muß. Das ist sicherlich ein Punkt, der ganz dringend der Aufarbeitung bedarf.

Es gibt eine Menge freier Theatergruppen, freier Theater, denen wir auf irgendeine Art und Weise helfen müssen - wir wissen nur noch nicht wie.

So ließe sich die Liste all dessen noch verlängern, was eigentlich getan werden müßte in einem Lande - das für Kultur zuständig ist -, was in einer technisierten Welt, die zunehmend stärker technisiert wird, geschehen müßte, um das Leben in diesem Lande wieder lebenswert und überhaupt Leben möglich zu machen.

Was wir brauchen und worin wir uns alle einig sind, ist Vielfalt der Kultur, um den unterschiedlichsten Bedürfnissen unserer Bürger möglichst weitgehend entgegenzukommen, ist Freiheit der Kultur auch dann, wenn sie unbequem oder gar ärgerlich ist, und ist Hilfe, um Bestehendes zu erhalten und Neues da, wo es notwendig ist, zu initiieren.

(Beifall bei der CDU)

Dabei müssen wir alle zusammenstehen, und es geht es nicht, daß einer an dem anderen vorbeiredet, wenn das Leben in unserem Lande sich wieder als lebens- und liebenswert erweisen soll und wenn wir die Bürger, die

(Frau Matthäus (CDU))

- (A) noch in Nordrhein-Westfalen leben, auch in unserem Lande halten wollen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Danke sehr. - Es spricht jetzt Herr Abg. Dr. Gerritz für die Fraktion der SPD. -

(Zuruf von der CDU: Und die F.D.P.?)

- Nein, die Kollegin von der F.D.P.-Fraktion ist im Augenblick nicht in der Lage, ihren Redebeitrag zu halten; ich bitte dafür um Verständnis. - Ich höre, sie ist gerade ins Krankenhaus gekommen. Dafür, daß sie nicht sprechen kann, hat jeder Verständnis.

Herr Abg. Dr. Gerritz, bitte schön!

Dr. Gerritz (SPD): Die Beratung des Haushalts sei die Stunde der Opposition, sagt man. Nun hat Opposition im Bereich Kultur während der Beratungen nicht stattgefunden - im Gegenteil: Die CDU hat - in einem Fall gegen zwei Stimmen - den Anträgen der SPD zugestimmt, und unsere verehrte Kollegin von der F.D.P. bemerkte fein, sie wolle sich der Stimme enthalten, da gegen die SPD-Anträge nichts einzuwenden sei.

Eigene Anträge vorzulegen, darauf - wie eben gehört - verzichtete die CDU, und die F.D.P. präsentierte ein Papier, in dem beispielsweise die kulturelle Bergarbeiterbetreuung amputiert und ein Sammeltitel um 25 Prozent reduziert wurde, aus dem Kinder- und Jugendtheater, das nordrhein-westfälische Theatertreffen, die Schauspielschule Bochum und der Heinrich-Böll-Fonds - um einige Dinge zu nennen - gespeist werden.

(B)

Wohl um uns nicht mitteilen zu müssen, was denn beseitigt werden solle, verzichtete unsere verehrte Kollegin auf ihren Antrag insgesamt. Und so blieb uns bis heute verborgen, ob dieser kuriose F.D.P.-Antrag nun gilt oder nicht.

Meine Damen und Herren, der Regierung Rau ist zu danken, daß auch im Jahre 1987 der Kulturhaushalt wächst, zwar nicht um 7 % wie in diesem Jahr, immerhin aber um beträchtliche 5 %. Ein bißchen Bilanz sei mir deshalb gestattet.

Der Heinrich-Böll-Fonds für literarische Asylsuchende wurde erhöht. Meine Damen und Herren von der Opposition, seien Sie sicher, diesen von zwei Jahren gegründeten Fonds für geflohene Schriftsteller aus Ost und West werden wir verteidigen, und zwar auch dann, wenn die "Stoiber" in Ihren Reihen noch so schreien.

Die Theater und Orchester erhalten 1987 3,5 Millionen DM mehr als 1986. Mir scheint das ein mehr als positives Ergebnis unseres gemeinsamen Beschlusses aus der letzten Legislaturperiode zu sein. Um noch deutlicher die Existenz der drei Landesorchester zu sichern, hat die SPD-Fraktion 400 000 DM hinzugefügt. Besonders das Siegerland-Orchester befindet sich in Nöten, auch deshalb, weil die nördlich anschließenden Kreise wenig Neigung zeigen, ein kulturelles Stadt-Land-Gefälle zu verhindern.

Meine Damen und Herren, am 14. Juli dieses Jahres stellte die CDU-Fraktion ihren von den Medien als Kuriosität aufgenommenen Antrag zur "Förderung der Rock- und anderen Populärmusik in Nordrhein-Westfalen". Immerhin trägt dieser Antrag prominente Unterschriften von Biedenkopf bis Worms. "Mindestens 200 000 DM jährlich" sollten zur Verfügung gestellt werden. Die Journalisten, meine Damen und Herren von der CDU, die Ihren Antrag damals nach dem Motto "Was will der Worms mit Rock?" nicht so recht ernst nahmen, scheinen recht gehabt zu haben. Denn während der Etatberatungen hat die CDU-Fraktion die ganze schöne Rockszene schlicht vergessen. In diesem Zusammenhang fällt mir so ein Sponti-Spruch ein: Nicht jeder, der aus dem Rahmen fällt, war vorher im Bilde.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir Sozialdemokraten haben das Rockbüro nicht vergessen. Seien Sie bitte so freundlich, das dem verehrten Kollegen Worms mitzuteilen! Das allerdings längst existierende Rockbüro ist in diesem Jahr finanziell abgesichert worden. Es bleibt beim Wuppertaler Kultursekretariat; auf diese Weise vermeiden wir neue bürokratische Apparate. Und dazu: Der, der das Rockbüro betreibt, erhielt außerdem einen Lehrauftrag an der Musikhochschule Köln, und zwar einen Lehrauftrag für Rock. Sie sehen: Die so manchem Bildungsbürger liebgewordene Demarkationslinie zwischen U- und E-Kultur wird von uns ein wenig geschleift.

Was mich während dieser Haushaltsberatungen überrascht hat: Die in 28 nordrhein-westfälischen Städten geführte Diskussion über die Frage, unter welchen Bedingungen sich in den 90er Jahren und danach Kulturarbeit und Kulturpolitik vollziehen, scheint Sie nicht interessiert zu haben. Wir Sozialdemokraten möchten, daß dieses große Experiment unserer nordrhein-westfälischen Städte erfolgreich zu Ende geführt wird. Deshalb haben wir den Ansatz für das Wuppertaler Kultursekretariat zugunsten von "Kultur '90" erhöht.

(Dr. Gerritz (SPD))

- (A) Meine Damen und Herren, dies sei die Stunde der Opposition, so habe ich begonnen. Deshalb müssen Sie mir halt einige Sätze zu einem Thema gestatten, das unsere Opposition, die Opposition aller Sozialdemokraten in der Bundesrepublik zu Ihnen, meine Damen und Herren der CDU und der F.D.P., sichtbar macht. Wenn Sie der Meinung sind, das habe etwas mit Wahlkampf zu tun, sage ich Ihnen: In der Tat! Denn man kann sich nicht einerseits beklagen, Wahlkampf finde in der DDR nicht statt, und ihn hier andererseits aus dem Parlament herauslassen. Ich will Ihnen sagen, warum das für mich ein entscheidendes Thema ist.

Am 2. Oktober 1986 schlossen sich fünf Organisationen zu einer "Literaturkonferenz" zusammen. Diese fünf Organisationen sind: der Börsenverein des Deutschen Buchhandels, die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung, der Deutsche Bibliotheksverband, das PEN-Zentrum der Bundesrepublik Deutschland - zumindest diesen vier Organisationen werden Sie nicht nachsagen können, sie seien die verlängerten Hebel der SPD - und der Verband Deutscher Schriftsteller. Ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten aus dem Report dieser Literaturkonferenz mit dem Titel "Literaturkonferenz beklagt Eingriffe in die Literaturfreiheit":

- (B) Einer der Schwerpunkte ihrer Arbeit sieht die Literaturkonferenz in der Durchsetzung der im Grundgesetz garantierten Literatur- und Kunstfreiheit ... Mit großer Besorgnis stellt die Literaturkonferenz fest, daß Eingriffe in diese Freiheiten in den letzten Jahren immer zahlreicher geworden sind.

Dazu einige Beispiele, zum Teil aus diesem Report.

Erstens: Mehr als 700 Polizeibeamte besuchten in einer bundesweit koordinierten Aktion fast 300 Läden eines Buchklubs und beschlagnahmten die dort aufgefundenen Exemplare von Henry Millers "Opus Pistorum". Gegen eine Reihe von Verkäufern dieser Läden wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet, in einem Fall wurde bei einer Angestellten sogar eine Hausdurchsuchung durchgeführt.

Zweitens: Wegen 30 anderer Titel kam es in den letzten Jahren zu schätzungsweise 100 Ermittlungsverfahren gegen Buchhändler und Verleger mit entsprechenden Durchsuchungs- und Beschlagnahmeaktionen.

Drittens: Am 23. Oktober 1986 war im "Stern" zu lesen: Nach mehreren heimlichen Kontrollbesuchen in der örtlichen Stadtbibliothek der Stadt Würzburg habe der Sektenbeauftragte

der katholischen Kirche Franz Graf von Magnis eine Liste von 90 Werken erstellt, die nicht oder zumindest nicht unkommentiert an Jugendliche ausgeliehen werden sollten. In dieser Liste befindet sich unter anderem das Mythen- und Märchenbuch "Schwarze Sonne Afrikas" von Leo Frobenius. Der Würzburger Oberbürgermeister Klaus Zeitler lehnte eine literarische "Säuberungsaktion" in seiner Stadtbibliothek ab. Darauf die Reaktion mit Rückendeckung der katholischen Kirche: Man forderte die Stadtverwaltung auf, "im Sozialhaushalt Steuermittel einzukalkulieren", um den Leseopfern der Stadtbücherei Würzburg "später zu helfen".

Viertens: Der kurioseste Fall geschah im Lande Nordrhein-Westfalen. In einer nordrhein-westfälischen Kleinstadt sah sich der Gemeindedirektor zu einer ähnlichen "Säuberung" veranlaßt; er entdeckte dort ein Buch mit dem schweinishen Titel: "Der Bikini-Atoll". Unser Gemeindedirektor, der hier im Hause einige Abgeordnete zu einer Kleinen Anfrage, wie Sie sich erinnern werden, veranlaßte, assoziierte mit diesem Titel nicht jene Inselgruppe, auf der unter bewußter Gefährdung der dort lebenden Bevölkerung Atomwaffenversuche stattgefunden hatten, sondern jenes sensationelle Kleidungsstück der 50er Jahre, das zur Zweiteilung des fraulichen Badeanzuges geführt hat und das schon zu Roms Zeiten so kleidsam wie selbstverständlich war.

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Matthäus?

Dr. Gerritz (SPD): Mein Beitrag ist gleich zu Ende, Frau Matthäus; dann können Sie hier noch einmal in die Diskussion einsteigen.

Die Liste, meine Damen und Herren, läßt sich fortsetzen. Ich mache es kurz und empfehle Ihnen zweierlei:

Erstens: Der CDU und der F.D.P. empfehle ich eine Sammelbestellung des Reports dieser Literaturkonferenz. Dieser Report ist vom Justitiar des Börsenvereins erstellt worden.

Zweitens: Lesen Sie endlich, meine Damen und Herren, zumindest als Zweitzeitung, jene Presseerzeugnisse, die noch den Mut haben, auf solche und viele andere Zensurstatbestände in dieser Republik hinzuweisen.

Meine Damen und Herren, die Wende vollzieht sich; das Tempo wird rasanter. In manchen Bereichen, habe nicht nur ich den Eindruck, haben wir die 50er Jahre längst erreicht. Der Unterschied nun zu den 50er Jahren? Der

(Dr. Gerritz (SPD))

- (A) Bürger merkt es heute langsamer; die liberale Presse von damals existiert nurmehr in Restbeständen.

Als mein Vater, katholischer Volksschullehrer, 1951 "Die Welt" - ich wiederhole: "Die Welt" - abonnierte, intervenierte der Probst des Hohen Domes zu Xanten - ich war Zeuge dieses Gesprächs -: "Herr Lehrer, Sie können doch eine solch liberale Zeitung nicht beziehen!" - Tempora mutantur.

Meine Damen und Herren, der Verband der Verlage und Buchhandlungen in Nordrhein-Westfalen - er hat seinen Sitz in Düsseldorf, in der Marienstraße - ließ zu Weihnachten dieses Lesezeichen drucken. Das erste Wort werden Sie lesen können. - Ich bin gleich fertig, Frau Präsidentin. - Es beginnt mit dem Wort "Freiheit." - Noch einmal: Das ist nicht ein linksradikales Unternehmen, sondern der Verband der nordrhein-westfälischen Verlage und Buchhandlungen.

Drei Abschnitte:

1986 wurden in der Bundesrepublik rund 100 Buchhandlungen und 290 Buchclubs von mehr 1500 Polizisten durchsucht. Bibliotheken werden von moralisierenden Ungeistern durchgesehen ...

Schnüffelpraxis mit Einschüchterung von Autoren, Bibliothekaren, Verlegern und Buchhändlern können aber zur Folge haben: Verlust der Freiheit des Wortes!

(B)

Das Zitat, meine Damen und Herren, ist zu Ende, unsere Opposition gegen eine solche Praxis nicht.

(Nagel (CDU): Zu welcher Position des Haushalts sprechen Sie eigentlich? Was soll der Quatsch? Das ist doch absoluter Unsinn hier zum Haushalt!)

- Dann setzen Sie sich mit diesen Unternehmungen auseinander! Wir solidarisieren uns, Herr Nagel, mit dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels, mit der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung, mit dem Deutschen Bibliotheksverband, dem PEN-Zentrum der Bundesrepublik Deutschland und dem Verband Deutscher Schriftsteller, die sich die Unterdrückung der Freiheit des Wortes nicht mehr gefallen lassen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD - Nagel (CDU): Das ist unerhört!)

Frau Vizepräsident Friebe: Meine Damen und Herren, gibt es noch Wortmeldungen zum Bereich Kultur? - Frau Matthäus, bitte schön, Sie haben das Wort.

Frau Matthäus (CDU): Nachdem meine Zwischenfrage nicht zugelassen worden ist, meine ich, hier doch feststellen zu müssen, daß ein Beispiel aus dem Land Nordrhein-Westfalen genannt worden ist, bei dem wir uns damals sehr stark distanziert haben. Ich hatte Herrn Dr. Gerritz fragen wollen, ob er bestätigt, daß er diese und ähnliche Zensur im Kulturausschuß dieses Landtages bisher nicht festgestellt hat, und ob er bestätigt, daß wir ebenso wie er immer für die Freiheit der Kultur, und zwar für die Freiheit der gesamten Kultur, eingetreten sind.

(Zuruf von der SPD: Ja, Sie vielleicht!)

Ich hätte dazu gern von Ihnen die Bestätigung.

(Beifall bei der CDU)

Frau Vizepräsident Friebe: Meine Damen und Herren, wir kommen zu dem

Bereich Sport

im Einzelplan 05. Da darf ich zunächst Herrn Abg. Kuckart von der Fraktion der CDU das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Kuckart (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am 13. Oktober 1986 brachte der Kultusminister im Sportausschuß den Landessportplan 1987 ein. Er hat diesen Landessportplan in einem zentralen Satz charakterisiert. Den darf ich mit Erlaubnis zitieren: (D)

Mit dem Landessportplan legt die Landesregierung zum neunten Male die finanzpolitische Konzeption der zukünftigen Sportpolitik vor, nunmehr für das Jahr 1987.

Er hat also diesen Landessportplan als eine Konzeption für die zukünftige Sportpolitik des Landes dargestellt.

Herr Minister Schwier, das ist der zentrale Satz gewesen, der für mich und für meine Kollegen unverständlich war; denn wenn dieser Landessportplan die zukünftige Konzeption dieser Landesregierung für den Sport sein sollte, wird bei uns Sportpolitik bald nicht mehr stattfinden.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich auch das anführen: Es war interessant, daß die Länge Ihrer Ausführungen zu diesem Etat in umgekehrtem Verhältnis zu den bereitgestellten Mitteln für den Sport stand.

(Beifall bei der CDU)

(Kuckart (CDU))

- (A) Wie würde denn die Zukunft des Sports in unserem Lande aussehen, wenn das in dieser Form geschähe? Wir haben den Sportstättenbau, den der Leiter der Abteilung Sport im Kultusministerium, Hans Eulerling, in hervorragender Weise in dem neuen Buch "Die Zukunft des Sports" darstellt. Ich darf auch hier einmal wenigstens kurz zitieren:

... denn durch den Sportstättenbau der Gegenwart gestalten wir in einem Vorgriff auch die Lebensvorgänge der sportlich aktiven Menschen im nächsten Jahrtausend, bauen oder verbauen wir ihren Handlungsrahmen, ihre Handlungsmöglichkeiten, ihren Spielraum, ihre sportliche Umwelt.

Herr Minister Schwier, wir bauen ja kaum noch. 1980/81 hatten wir ca. 250 Millionen DM für Sportstättenbau, 1987 ca. 80 Millionen DM. Nun rühmt sich die SPD, daß sie bei den Etatberatungen noch 12 Millionen DM draufgelegt hat.

(Zuruf von der SPD)

- Oder 17 Millionen DM, spielt auch keine Rolle. - Das ist in der Tat so, als ob Sie einem Arbeitnehmer, der 1 000 DM verdient hat, zunächst einmal 660 DM wegnehmen - das sind nämlich die Kürzungen -, so daß er noch 340 DM hat. Dann stellen Sie sich hin, geben ihm 60 DM zusätzlich und rühmen sich, daß er nun 400 DM hat. Herr Schwier, das ist das Verhalten der SPD-Fraktion im Sportstättenbau. Das darf doch sicherlich nicht eine zukunftsorientierte Sportpolitik dieser Landesregierung sein!

(B)

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Nehmen wir das zweite Beispiel, die Übungsleiter. Wir hatten 1980/81 22 Millionen DM, wir haben jetzt 19 Millionen DM = 14 % weniger. Nun hatten wir allerdings 1980/81 nur 45 000 Übungsleiter, und wir haben 1987 57 000 Übungsleiter, das heißt also: 25 % mehr Übungsleiter, aber 14 % weniger Mittel. Wir hatten 1980 3,3 Millionen Mitglieder im Landessportbund, wir haben 1987 mehr als 4,1 Millionen Mitglieder, das heißt 800 000 mehr: ebenfalls 25 % mehr, aber 14 % weniger Mittel.

Herr Minister, hier kommt in der Tat die von Ihnen und Ihren Landtagskollegen so eifrig in den Vordergrund gerückte soziale Offensive ins Stocken. Es bleibt uns heute eigentlich nur eines: nicht Ihnen zu danken, sondern den vielen Sportvereinen, den ehrenamtlich Tätigen, daß in diesem Bereich der sozialen Offensive überhaupt noch etwas geschieht.

(Beifall bei der CDU)

Mein Kollege Dr. Kraft und ich waren in der vergangenen Woche bei der Uni Münster. Die Universitäten beklagen sich mit Recht darüber, daß die Mittel für den Hochschulsport um mehr als 50 % gekürzt worden sind. Die Studenten haben nicht die Möglichkeit, sich einem örtlichen Sportverein anzuschließen, weil dies einfach technisch und praktisch nicht geht. Das weiß jeder, der mit der Materie etwas vertraut ist. Aber diesen Studenten wird nicht mehr die Möglichkeit gegeben, sich sportlich aktiv zu betätigen, weil die Mittel um 50 % gekürzt worden sind.

Nun hätte ich gedacht, die Landesregierung mit ihrer wirklich ausgezeichneten Sportabteilung hätte einmal nachgedacht. Es hätte doch die Chance bestanden, durch AB-Maßnahmen Sportlehrer auf Zeit einzustellen und diese Sportlehrer im Hochschulsport einzusetzen, damit die Studenten wenigstens die Möglichkeit haben, Sport zu treiben. Sie hätten einmal einen Teil der vielen arbeitslosen Sportlehrer untergebracht, und Sie hätten zum anderen im Hochschulbereich Sport betreiben lassen. Ich darf doch zumindest die Anregung an Sie weitergeben, in diesem Bereich einmal Überlegungen anzustellen, ob das nicht möglich ist.

Lassen Sie mich ein letztes Beispiel anführen. Wir haben eine große Anhörung im Landtag zum Thema Sport und Gesundheit gehabt. Wir haben dort gehört, daß Sport nicht unter allen Umständen gesund ist, sondern daß man nur Sport treiben kann, wenn man sich zunächst einmal einer ärztlichen Untersuchung und Beratung unterzieht. Das gilt vor allen Dingen für Menschen, die älter als 35 Jahre alt sind. Sie wissen, daß gerade in diesem Alter unsere Bürger sehr stark zum Sport drängen. Was haben wir getan? Wir streichen restlos die Mittel für Gesundheitsvorsorgeuntersuchungen und gefährden damit diese Bürger, die Sport treiben wollen. Wir nehmen diese Aufgabe der Gesundheitsvorsorge nicht wahr.

(Rohe (SPD): Dafür waren noch nie Mittel im Etat!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Landessportplan hat - genauso wie die Landessportpläne in den Jahren davor - keine Zukunftsperspektiven; es findet keine zukunftsorientierte Sportpolitik statt. Lassen Sie mich hier anfügen: Die von Ihnen so arg geschmähte Bundesregierung hat in den letzten fünf Jahren - in den letzten fünf Jahren: CDU-geführte Bundesregierung - die Sportförderungsmittel um 66 % auf 300 Millionen DM angehoben. Das Land Nordrhein-Westfalen hat in dem gleichen Zeitraum die

(Kuckart (CDU))

- (A) Mittel für die Sportförderung um 66 % gekürzt. Dazwischen liegen in der Tat Welten!

(Frau Robels (CDU): Das darf doch nicht wahr sein!)

Ich darf jetzt auf die Steuerproblematik eingehen, weil ich fest davon überzeugt bin, daß mein Kollege Herder dies zweifelsohne auch tun wird, da es kaum eine andere Möglichkeit gibt, der CDU etwas am Zeug zu flicken.

(Rohe (SPD): Sehr richtig! - Wendzinski (SPD): Aber kurz und prägnant!)

Herr Herder, ich bin der Meinung, auch hier sollte das Gebot der Ehrlichkeit gelten. Ich gestehe Ihnen zu, daß sich in dieser Frage auch die CDU nicht mit Ruhm bekleckert hat, aber die SPD auch nicht.

(Beifall bei der CDU - Frau Robels (CDU): Die erst recht nicht!)

Die SPD hätte 1979 in der Bundesregierung die Möglichkeit gehabt, das durchzusetzen - weil sie die Mehrheit hatte -, was sie heute als Opposition fordert. Deshalb ist es eben nicht glaubwürdig, den Eindruck zu erwecken, als ob es nur an der CDU gescheitert wäre, daß diese Steuervorteile für Vereine nicht durchgesetzt seien.

- (B) Aber es ist noch viel schlimmer, Herr Kollege Rohe. Sie sollten sich mit Ihren Kollegen auf Bundesebene endlich einig werden: Die CDU hat den Antrag zur Vereinfachung der Vereinsbesteuerung hier im Landtag eingebracht. Sie haben im Sportausschuß diesem unserem Antrag zugestimmt. Sie sind der Meinung gewesen, das sei der richtige Weg. Der Finanzminister hat erklärt, auch er halte diesen Weg für geeignet, weil er davon ausgehe - mit Recht -, daß eine totale Steuerbefreiung der Sportvereine und anderer gemeinnütziger Vereine politisch nicht durchsetzbar sei.

(Zuruf des Abg. Rohe (SPD))

- Hat er gesagt, lesen Sie das Protokoll vom Januar 1986 nach! Ihr Kollege Walsken hat das in gleicher Weise hier vorgetragen.

Da, meine ich, besteht das Gebot der Ehrlichkeit: Entweder sind Sie für eine totale Steuerbefreiung der Sportvereine - -

(Zuruf des Abg. Rohe (SPD))

- Aber Ihre Freunde auf Bundesebene haben das beantragt und schreiben jetzt Rund-

schreiben an sämtliche Sportvereine: Seht die böse CDU, sie will euch nicht helfen!

(Nagel (CDU): Hört, hört!)

Das ist sportlich nicht fair und unehrlich. Sie sollten mir Ihren Kollegen auf Bundesebene sprechen, daß hier im Interesse der Sportvereine eine einheitliche Meinung vorhanden ist.

(Nagel (CDU): Versöhnen statt spalten!)

Nun gäbe es ja die Möglichkeit - Herr Matthiesen ist heute nicht da -, auch Sportförderung zu betreiben, wenn der SPD das Geld ausgegangen ist. Ich kann aus zeitlichen Gründen nur ein Problem ansprechen, das Problem Sport und Umwelt. Wir haben unseren Antrag zur Sicherung des Sports in einer lebenswerten Umwelt eingebracht.

Wir haben in Diskussionen bereits darauf hingewiesen, daß der Antrag der SPD wahrscheinlich mehr von Herrn Matthiesen diktiert ist als er von Minister Schwier stammt.

(Dr. Kraft (SPD): Das stimmt nicht!)

Ich verweise auf die Diskussion, die wir geführt haben.

- Herr Dr. Kraft, Sie haben die große Chance, bei der Beratung im Ausschuß darauf hinzuwirken, daß die Interessen des Sports - die berechtigten Interessen des Sports - in einem hoffentlich gemeinsamen Entschließungsantrag auch berücksichtigt werden. Sie werden uns an Ihrer Seite finden. Nur: Was bisher von Ihnen gekommen ist, trägt nicht dazu bei. Es wäre also die Möglichkeit gegeben, im Bereich der Sportförderung etwas zu tun.

Herr Minister Schwier, Sie kennen die sehr starken behördlichen Auflagen im Bereich des Wassersports, die ich nur beispielhaft anführen kann. Es gibt im Regierungsbezirk Arnsberg erhebliche Probleme, wo nach meiner Meinung der in der Tat harmlose Kanusport in unerträglicher Weise verboten oder stark eingeschränkt wird - in der Pöppelsche und im Ruhrtal bei Laer. Sie kennen die Probleme. Wir haben bei einem Besuch mit dem Regierungspräsidenten darüber gesprochen. Nun steht fest - und Ihr Leiter der Abteilung Sport, Herr Eulerling, sagt das auch -: Der Wunsch der Bürger, Sport in der Natur zu treiben, nimmt immer mehr zu. Unsere Bürger möchten auch Sport in der Natur betreiben, möchten die Natur nicht nur von Ferne anschauen, möchten die Natur erleben. Ich bin fest davon

(Kuckart (CDU))

- (A) überzeugt - und ich weiß es auch -, daß gerade Sportler sehr verantwortungsbewußt sind, ein sehr stark ausgeprägtes Umweltbewußtsein haben. Ich bin überzeugt, sie werden die Natur in entsprechender Weise nutzen und nicht unangemessen belasten.

Ich bin der Meinung, Sie könnten Sportförderung betreiben, indem Sie so unerklärliche behördliche Auflagen aus der Welt schaffen und dem Wasserwandersport, den Kanuten und Ruderern die Möglichkeit geben, die Natur zu erleben. Das gilt in ähnlicher Weise für den Skisport, den Golfsport, und das gilt auch in weiten Bereichen für den Tennissport.

Wir haben die Beratung des Antrages "Sport und Umwelt". Auch hier besteht die Möglichkeit, den Sport zu fördern. Ich fordere Sie auf, diese Bereitschaft aufzubringen und die etwas überzogenen Forderungen des Umweltministers zurückzudrängen.

Wir haben die Technische Anleitung Lärm. Es liegt in unserem Ermessen - denn sie hat keinen Gesetzescharakter -, darauf hinzuwirken, daß Sportgeräusche nicht wie Verkehrslärm oder Industriegeräusche bewertet werden, wie das heute der Fall ist, und sogar noch einen Zuschlag bekommen. Die Landesregierung hat das bisher nicht getan. Ihre Antwort auf unsere Kleine Anfrage vom Arbeitskreis Sport der CDU-Fraktion war mehr als ausweichend, bringt uns in der Tat nicht weiter.

(B)

Sie haben eine weitere Gelegenheit, für den Sport etwas zu tun, nämlich bei der jetzt zu beratenden und neu zu beschließenden Baunutzungsverordnung. Ich hoffe, Sie werden das ganze Gewicht Ihres Ministeriums und die Bedeutung des Sports mit einbringen, damit in diesem Bereich der Sport entsprechend berücksichtigt wird.

(Zustimmung bei der CDU)

Herr Farthmann hat heute morgen gesagt: Wir haben im Umweltschutz Maßstäbe gesetzt. Ich hoffe, die Maßstäbe bestehen nicht darin, daß wir harmlosen Kanuten und Ruderern ihren Sport verbieten, sondern daß es Maßstäbe sind, die auch in der Relation stimmen und wirklich zu einem angemessenen Umweltschutz beitragen.

(Zustimmung bei der CDU)

Es ist einfach nicht hinnehmbar, wenn Industrieunternehmen nach wie vor sogenannte Einleitungsgenehmigungen für hochgradig belastende Abwässer in Flüsse und Seen auch

unseres Landes erteilt werden, aber harmlosen Wasserwanderern die Ausübung ihres naturbezogenen Sports erschwert wird.

Die Sportpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen - der SPD - ist in der Tat an der "rau"hen Wirklichkeit gescheitert. Sie weist keine Zukunftsperspektiven auf. Ich weiß, die Kollegen der SPD im Sportausschuß wissen das genauso wie ich. Der Sport hat im Lande Nordrhein-Westfalen bei dieser Entwicklung keine Zukunft mehr.

Weil der Sport aber eine zunehmend wachsende Bedeutung hat, weil uns die Zukunft des Sports am Herzen liegt, weil die SPD darauf keine Antwort mehr weiß, weil die SPD sprachlos geworden ist, sind wir nicht in der Lage, im Interesse der Zukunft des Sports diesem Landessportplan zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der SPD spricht jetzt Herr Abg. Herder. Ich erteile ihm das Wort.

Herder (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Kuckart, Sie werden verstehen, daß ich das alles ganz anders sehe. Ich bin auch hierhergekommen, weil ich nicht sprachlos bin, weil die SPD-Fraktion sicherlich in diesem Punkte überhaupt nicht sprachlos ist. Man kann natürlich den Ball zurückgeben und sagen: Vielleicht waren Sie bis Bergisch Gladbach sprachlos. Wie ich gehört habe, sind Sie dort wegen des Themas "Sport und Steuern" kräftig verhauen worden. Also, was soll der ganze Spaß! Es zeichnet sich ab, daß der 25. Januar in Ihrer Rede kräftig vertreten war. Ich werde es ertragen.

Ich will nachher auch noch einmal - vielleicht etwas überspitzt - versuchen herauszuarbeiten, wo die CDU-Fraktion eventuell nicht ganz so gut aussieht. Zumindest hatte sie keine Anträge zum Sport eingebracht. Von daher wäre ich ganz froh gewesen, wenn sie zu einigen Punkten innerhalb des Sportausschusses auch einige Ideen vorgetragen hätte. Ich glaube, daß es ein entscheidender Fehler einer Opposition war, im Gegensatz zur F.D.P., die prononciert etwas eingebracht hat - was wir für falsch halten, aber darüber kann man nachdenken -, auf Anträge zu verzichten. Ich glaube, daß Sie die Funktion der Opposition doch etwas vernachlässigen.

Lassen Sie mich zu dem Eigentlichen kommen. Unsere Gesellschaft verändert sich in letzter Zeit sehr stark. Ein Blick auf die demographische Entwicklung der letzten Jahrzehnte

(Herder (SPD))

- (A) macht diesen rapiden Veränderungsvorgang deutlich. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen nimmt ab. Die Zahl der Älteren steigt. Die Zusammensetzung der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen wird im Jahre 2000 mit der heutigen Bevölkerungsstruktur nicht mehr ohne weiteres vergleichbar sein.

Mit dieser veränderten demographischen Struktur verändert sich auch das Verhältnis von Arbeit und Freizeit. Eine vorausschauende, verantwortliche Politik muß diesen Rahmenbedingungen Rechnung tragen. Aufgabe der Sportpolitik des Landes ist es daher, die Voraussetzungen und die Strukturen für solch ein verändertes Freizeitverhalten der Bürger zu schaffen.

Die Sozialdemokraten haben diese Veränderungen mit dem Grundsatz "Sport für alle - eine soziale Offensive im Sport" beschrieben. Die strukturellen Veränderungen in der Nachfrage nach sportlichen freizeitbezogenen Angeboten der Gesellschaft, der Vereine und Verbände finden ihren Ausdruck in einer geänderten Klientel, die heute und in Zukunft die Angebote des Sports wahrnimmt. Der Sport übernimmt dabei zugleich auch eine gesundheitspolitische, freizeitpolitische, sozialpolitische und bildungspolitische Rolle, und zwar sowohl für den einzelnen als auch für die gesamte Gesellschaft. Der Sport kompensiert nicht nur den Bewegungsmangel und fördert damit die Gesundheit; er vermittelt darüber hinaus Geselligkeit und Selbstbestätigung, soziales Verhalten und Persönlichkeitsentwicklung. Die sportliche Betätigung ist damit eine wirklich sinnvolle Freizeitaktivität. Sportpolitik ist um so mehr eine Aufgabe der Daseinsvorsorge.

(B)

Das Aktionsprogramm Breitensport des Landes Nordrhein-Westfalen, das im Jahre 1987 sein zehnjähriges Bestehen feiern kann, trägt diesem Anliegen weise Rechnung. Die vom Landessportbund mit dem Kultusministerium gemeinsam erarbeitete Rahmenkonzeption setzt dabei auf den Verein moderner Prägung als wesentlichen Träger des Breitensports. Ziel ist es, jedem Sportinteressierten ein Sportangebot zu unterbreiten, das seinen Neigungen und Möglichkeiten entspricht. Gerade die Betonung des Breitensports verlangt vom Land eine entsprechende finanzielle Ausgestaltung des Sporttats. Sportstättenbau, Sanierung von Sportstätten und ihre Modernisierung und Erweiterung stehen dabei im Mittelpunkt unserer Bemühungen auch im Jahre 1987.

Dem weiterhin großen Bedarf hat die SPD-Fraktion durch ihre Entscheidungen zum Sporthaushalt in herausragender Weise

Rechnung getragen. Die soziale Offensive im Sport ist für die SPD keine Leerformel. Die Beratungen in der SPD-Fraktion haben ganz deutlich Schwerpunkte gesetzt.

Selbstverständlich ist auch 1987 nicht alles Wünschenswerte machbar und finanzierbar, aber im Vergleich zu 1986 und zu 1985 stehen wir heute wesentlich besser da. Ich bin sehr glücklich, daß es uns gelungen ist, den Sporthaushalt gegenüber dem Ansatz der Landesregierung um 17 Millionen DM aufzustocken, ohne den Gesamthaushalt auszuweiten.

Die Erhöhung der Verpflichtungsermächtigungen für die Jahre 1988 und 1989 bedeutet ein Stück Planungssicherheit für die Kommunen. Sie zeigen die Richtung auf, sie dokumentieren den Fortgang der Sportförderungs politik des Landes, der ein entscheidender Schwerpunkt dieses Gesamthaushalts ist.

Die Gemeinden Nordrhein-Westfalens können sich in der Sportpolitik auf das Land verlassen. Bereits 1987 werden die erheblichen Erhöhungen im Baransatz wirksam. Gegenüber dem Entwurf des Landeshaushalts werden die Gemeinden 1987 8 Millionen DM mehr - numehr also 27 Millionen DM für den Bau, die Modernisierung und Erweiterung von Sportstätten - zur Verfügung haben. Weitere 4 Millionen DM beträgt die Erhöhung des Ansatzes für die sogenannten Sonstigen.

Ein Blick auf die Vorschläge und das Verhalten der anderen Fraktionen zeigt, welchen Stellenwert der Sport bei CDU und F.D.P. hat. Sicher ist es auch für die Vereine und die Sporttreibenden in Nordrhein-Westfalen von Interesse, zu wissen, daß die CDU keinen einzigen Antrag zum Sportetat vorgelegt hat. Ich frage: Will sich die größte Oppositionspartei im Lande aus der Sportpolitik verabschieden, oder wann entdeckt sie die Bedeutung des Sports? Vielleicht am letzten Wochenende auf Ihrer Fachkonferenz in Bergisch Gladbach?

Ein Blick auf die einschlägigen Beschlüsse der SPD und ein Blick auf die vielfältigen Aktivitäten der Landesregierung stünde den Sportpolitikern in der CDU gut zu Gesicht, bevor sie vollmundige Forderungen in die Öffentlichkeit tragen. Das gilt besonders, wenn ich mir den Antrag Sport und Steuern vor Augen führe, der hier im Plenum eingebracht worden ist. Wie ich gehört habe, hat die Landesregierung dem Antrag von Baden-Württemberg im Bundesrat zugestimmt. Das Dilemma im Bundestag haben wir ja vor 14 Tagen mit Glanz und Gloria erlebt. Sie sind ja, wie ich gehört habe, in Bergisch

(Herder (SPD))

- (A) Gladbach gehf'rig verhaufen worden, weil die CDU in diesem Punkt v'ollig versagt hat.

Ich bin mir v'ollig dar'uber im klaren, da'ß das, was Sie, Herr Kuckart, bez'uglich der Opposition und der Regierungspartei gesagt haben, v'ollig richtig ist. Nur, wir sollten einmal gucken, ob wir das nach dem 25. wirklich 'uber die Runden bekommen.

(Riscop (CDU): Weihnachten, oder was meinen Sie?)

- Nein, nein, nicht Weihnachten.

Aus sportpolitischer Sicht kann ich nur feststellen: Wahlkampfsp'ruche und hektischer Aktionismus ersetzen kontinuierliche Arbeit nicht. Dazu pa'ßt dann auch, da'ß die CDU keinem Antrag auf Erh'ohung der Etatans'atze zustimmen konnte, sondern sich bei den Einzelabstimmungen durch Enthaltung der Verantwortung entzogen hat.

Lassen Sie mich noch zu einem wichtigen Gesichtspunkt kommen, zu dem Sportmuseum. Schon lange gibt es in der sportpolitisch orientierten 'offentlichkeit den Wunsch, ein Deutsches Sportmuseum zu errichten. In ihm sollen sich beispielhaft die Geschichte des deutschen Sports, seine gegenw'artige Situation, seine Einbettung in die Gesellschaft und die gesellschaftliche Funktion des Sports widerspiegeln. Ein Sportmuseum ist damit nicht nur Aufbewahrungsort f'ur Troph'een. 'Ahnlich wie andere Fachmuseen hat es eine kulturelle und gesellschaftliche Aufgabe.

(B)

Seit langem bem'ucht sich die Stadt K'oln in besonderer Weise um eine solche Institution. Nachdem nun auch der Bund - dies begr'ube ich ganz besonders - seine Finanzierungszusage abgegeben hat, k'onnen wir, glaube ich, davon ausgehen, da'ß im Jahre 1987 mit den Planungen f'ur dieses wichtige Vorhaben in Nordrhein-Westfalen begonnen werden kann.

Meine Damen und Herren, der Sport ist eine Wachstumsbranche, nicht nur im 'okonomischen Sinne. Verbesserung der Lebensqualitat und humane Gestaltung der Gesellschaft ist eine seiner hervorragenden Aufgaben. Dazu bedarf es vielf'altiger Anstrengungen.

Mit dem ver'anderten Sporthaushalt f'ur das vor uns liegende Haushaltsjahr geht Nordrhein-Westfalen in eine richtige Richtung. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepr'asident Friebe: Meine Damen und Herren, ich rufe auf:

Einzelplan 06: Wissenschaft und Forschung

Ich darf Herr Abg. Dr. Posdorf von der Fraktion der CDU hierzu das Wort erteilen.

Dr. Posdorf (CDU): Frau Pr'asidentin! Meine Damen und Herren! Wenn es nicht zum Weinen w'are und wenn es nicht nach oben kaum absch'atzbare, sich fatal auswirkende negative Konsequenzen f'ur die gesamte Hochschul- und Wissenschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen h'atte, wenn das nicht die unertr'aglich bittere Realitat w'are, dann w'are es ja am'usant, tagt'aglich landauf, landab und auch hier in diesem Hohen Hause mit ansehen und auch live miterleben zu m'ussen, wie die Regierung Rau den immer groteskere Formen annehmenden Aktionismus in Sachen Hochschule, Wissenschaft und Forschung, nimmer m'ude werdend, als Politik zu verkaufen versucht.

Meine Damen und Herren, das Wort Politik ist griechischen Ursprungs und bedeutet - man mu'ß es gerade zu diesem Zeitpunkt immer wieder eindringlich betonen -: F'uhrung, Erhaltung, Ordnung eines Gemeinwesens. Gef'uhrt wird etatistisch, was sich aufgrund der desolaten Haushaltslage als Folge einer maroden Finanzpolitik wie folgt dokumentiert:

Da freuen sich die SPD-Abgeordneten im Aussch'u'ß f'ur Wissenschaft und Forschung und sind anscheinend - oder vielleicht doch nur "scheinbar" - mit sich zufrieden, wenn sie von der Haushaltsstelle 00x 1,50 DM nach 00y transferieren k'onnen, nachdem sie sich nat'urlich vorher im Wissenschaftsministerium haben sachkundig machen lassen, da'ß diese 1,50 DM in 00x sowieso zu hoch angesetzt waren.

Es gibt dann sogenannte "Topfstellen". Zur Erl'uterung f'ur die Nichtmitglieder des Ausschusses f'ur Wissenschaft und Forschung: Das sind Stellen, die vom Ministerium den Hochschulen weggenommen werden, um sie dann, nach welchen Kriterien auch immer, den Hochschulen zum Teil f'ur Spitzenforschung und Arrondierung bestimmter Hochschulbereiche - was immer das hei'ßen mag; es h'ort sich jedenfalls gut an - zur'uckzugeben. Diese "Topfstellen" werden in hohem Ma'ße dazu verwendet, um beim Umherreisen durch die Hochschulen nach dem Prinzip "Des Knaben Wunderhorn" vorher abgesicherte Begl'uckungsgaben gener'os zu verteilen - Begl'uckungsgaben, die vorher auf eine andere Art, jedoch von der Anzahl her mindestens mit dem Faktor 5 behaftet, den Hochschulen bereits genommen worden sind,

(Kniola (SPD): V'ollig falsch, was Sie sagen!)